

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmüt G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 219038/39  
Telex: 08 86 646 pbbn d



## Inhalt

Rudi Arndt MdEP, die Startbahn-West Gegner verfälschen unsere eigene Geschichte. Seite 1-4

Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, interpretiert das Treffen Schmidt-Reagan. Seite 5/6

Karl Kronawitter, Stellvertretender Bundesvorsitzender der AfA, spricht sich für eine neue Mitbestimmungsoffensive aus: Vetter hat uns den Weg gewiesen. Seite 7-9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 812-1

37. Jahrgang / 3

6. Januar 1982

Aus unserer Geschichte lernen

Zur Auseinandersetzung um die Startbahn West

Von Rudi Arndt MdEP

Die Auseinandersetzung um die Startbahn-West hat inzwischen inhaltliche Formen angenommen, bei denen es immer mehr um die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung geht. In der Auseinandersetzung um die Frage, was demokratisch ist oder nicht, klappt der Graben zwischen denen, die sich auf den Rechtsstaat berufen und den - vor allem jungen - Initiatoren des Bürgerprotestes gegen die Startbahn immer weiter auseinander. Politiker wie ich, die als junge Menschen das Dritte Reich erlebten und 1945/46 Zeugen des Ringens um eine neue demokratische Ordnung waren, haben es außerordentlich schwer mit ihrer Argumentation zu den Jungen "rüberzukommen".

Mir ist es immer wieder begegnet, daß meine Argumentation nicht nur mißverstanden, sondern auch die Schilderung der zugrunde liegenden Tatsachen verwechselt wurde. Deshalb soll an dieser Stelle dieser Gedankengang noch einmal schriftlich dargelegt werden, damit zumindest die Übertragungsmißverständnisse vermieden werden können.

Von den Startbahngegnern wird von

- plebiszitärer Demokratie und Volksbegehren
- Demonstrationsrecht und aktivem gewaltlosen Widerstand und
- Widerstandsrecht gesprochen und für das eigene Vorgehen reklamiert.

Dies aber stellt alles auf den Kopf, was die Väter der hessischen Verfassung - heimgekehrt aus den national-

Verpflichten Umgang  
mit umweltfreundlichen  
Recycling-Papier



sozialistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern, aus dem Widerstand und der Emigration - 1946 formulierten; um unmöglich zu machen, daß sich 1933 wiederholen kann.

Wir Jungen von 1945 haben die Älteren immer wieder gefragt, wie es überhaupt zu Hitlers Machtübernahme habe kommen können. Was uns als Begründung gesagt wurde, klang so unwahrscheinlich, daß es uns nicht überzeugte:

- Es seien nicht nur nationalsozialistische Organisationen gewesen, die das Demonstrationsrecht und Volksabstimmungen mißbraucht, und damit die freiheitliche Weimarer Verfassung unterhöhlt hätten.
- Die Mißachtung von Parlament und demokratischen Parteien sei auch von nicht- und antifaschistischen Gruppierungen, Journalisten und Schriftstellern ausgegangen und es sei daher für Hitler und Göbbels verhältnismäßig einfach gewesen, die parlamentarische Demokratie zu diffamieren.
- Die rechtsstaatliche Ordnung und die parlamentarisch verfaßte Demokratie sei - auch von fortschrittlichen Gruppierungen - nicht als ein Wert betrachtet worden, um den vorrangig der Kampf zu gehen habe.

Wir Jungen von 1945 glaubten nicht, daß außer den Nationalsozialisten andere Gruppierungen durch gewaltsame Umzüge und emotionenaufputschende Argumentationen bei Volksabstimmungen eine demokratische Verfassung in Mißkredit bringen könnten.

Wir hielten es kaum für möglich, daß intelligente Menschen nicht begriffen hätten, wie unabdingbar Parteien und Parlamente für den Bestand der Demokratie sind.

Wir konnten nicht begreifen, daß auch fortschrittliche Gruppierungen die Unabdingbarkeit des Rechtsstaates und der republikanisch-parlamentarischen Ordnung für das politische Wirken der verschiedenen Kräfte nicht erkannt hätten.

Heute muß ich den demokratischen Politikern aus der Zeit von vor Hitler Abbitte leisten. Tag für Tag, gerade auch am Beispiel der Gruppen, die gegen den Bau der Startbahn-West kämpfen, wird deutlich, wie schnell eine Geisteshaltung um sich greifen kann, die Parteien und Parlamente, Rechtsstaat und republikanisch-parlamentarische Ordnung nicht mehr hoch und verteidigungswürdig erachtet. Die Parallelen zum Beginn der 30er Jahre liegen zum Greifen nahe.

Die Väter der Hessischen Verfassung wären entsetzt, wenn sie miterleben würden, wie ihre Formulierungen in der Verfassung heute von Startbahngegnern in das Gegenteil verwandelt werden. Ich konnte persönlich die Debatten um diese Fragen 1946 miterleben, weil die damaligen Fraktionen noch nicht über wissenschaftliche Mitarbeiter verfügten und wir jungen Studenten aus dem gerade gegründeten SDS von der SPD-Fraktion für diese Hilfsarbeit in Anspruch genommen wurden.

Deshalb weiß ich, daß die Väter der Hessischen Verfassung aus ihrem Erleben von vor 1933 eben keine plebiszitäre, sondern eine republikanisch-parlamentarische Staatsform wollten. Sie wußten, wie extremistische Kräfte durch das Hochpeitschen von Emotionen Volksabstimmungen benutzten, nicht um in der Sache andere Entscheidungen herbeizuführen, sondern um die parlamentarische Staatsform zu schwächen. Sie wußten, wie auch gutwillige Demokraten dabei von Gegnern der parlamentarischen Demokratie ausgenutzt wurden.

Deshalb haben sie die Grenzen für den Volksentscheid so eng gezogen und die Hürden so hoch angesetzt. Der Volksentscheid sollte die Ausnahme sein. Man wollte der parlamentarischen Minderheit bei einer Gesetzesvorlage die Möglichkeit geben, ihre Gesetzesformulierung dann durchzusetzen, wenn eine große Mehrheit der Wähler eben die Gesetzesformulierung der Minderheit und nicht die der Mehrheit des Parlamentes haben wollte.



Die Entscheidung über den Bau einer Startbahn, einer Autobahn, eines Kraftwerkes, eines Kanals oder einer Talsperre sollte nach dem ausdrücklichen Willen der Väter der Verfassung eben nicht Inhalt eines Volksentscheids sein können. Dafür sollten ausschließlich Verwaltung, Gerichte und Parlament zuständig sein.

Es ist doch nur ein Trick, wenn die Initiatoren des Antrags auf ein Volksbegehren die unzulässige Abstimmung über den Bau einer Startbahn in Form eines Gesetzesentwurfes vorlegen, um so den Willen des Verfassungsgebers zu unterlaufen. Die Väter der Verfassung konnten sich sicher nicht vorstellen, daß 35 Jahre später nach eindeutigen Entscheidungen der Verwaltung, der Gerichte und des Parlaments, ihre Formulierung in der Verfassung mißbraucht werden würde, um diese rechtstaatlich zustande gekommenen Entscheidungen zu vernichten.

Keiner der Väter der hessischen Verfassung wäre damals auch auf die Idee gekommen, die Besetzung eines Baugeländes zur Verhinderung von Bauarbeiten, die Behinderung des Berufsverkehrs auf einem Hauptbahnhof oder die Stilllegung des Flugverkehrs als eine Demonstration, als "friedliche und unbewaffnete Versammlung" zu bezeichnen. Das Gegenteil ist doch der Fall. Das Demonstrationsrecht ist in der Hessischen Verfassung so gestaltet, daß jeder das Recht hat, seine Meinung öffentlich zu äußern und diese Meinungsäußerung auch in Form einer friedlichen Versammlung, einer Demonstration, anderen Kundzügen.

Aber Verkehrsblockaden, die Verhinderung rechtmäßiger und rechtskräftiger Ansprüche ist doch keine Versammlung, um seine Meinung öffentlich zu äußern. Hier wird dieselbe Geistesverwirrung deutlich wie zu Beginn der 30er Jahre bis in die Reihen von Jugendorganisationen hinein, wenn dieses antidemokratische Verhalten als "Demonstration" ausgegeben wird.

Der wirkliche Ablauf der Entscheidungen wird heute kaum noch bestritten. Da hat eine Landesregierung entschieden. Diese Entscheidung ist von allen dafür zuständigen Gerichten bis hin zum Bundesverwaltungsgericht rechtskräftig bestätigt worden. Der Landtag hat sich eingehend mit der Sache befaßt - bis in die Details - und er hat die Entscheidung uneingeschränkt als notwendig eingestuft. Auf Grund dieser Entscheidung hat ein vergesellschafteter (sozialisierter) und mitbestimmter Betrieb einen Rechtsanspruch auf Ausführung der Baumaßnahme. Der Polizei obliegt nach unserer Verfassungsordnung, den Inhaber dieses rechtstaatlichen Anspruches vor denen zu schützen, die mit Gewalt die Erfüllung dieses Anspruches unmöglich machen wollen.

Wer - wie ich - selbst einmal Polizeichef war, weiß, wie groß die Gefahr ist, daß Polizisten bei einem Einsatz das notwendige Maß überschreiten. Aber wir wissen doch auch, daß es kleine Gruppen gibt, die in ihre Planung die bewußte Provokation der Polizei bis zum Exzess des Polizeieinsatzes kaltblütig einkalkulieren.

Warum distanzieren sich die Startbahngegner nicht deutlich von diesen Gruppen, warum zeigen sie sie nicht an, sondern schieben die Schuld auf die überforderten Polizisten? Durch den Mißbrauch der Worte gewaltloser Widerstand, Widerstandsrecht und Widerstandspflicht wird dem gutgläubigen Bürger vorgegaukelt, dies alles finde rechtmäßig und im Rahmen eines demokratischen Grundverständnisses statt.

Da wird in diesem Zusammenhang so getan, als ob Recht haben und rechthaben im Fall der Startbahn-West ein Unterschied sei. Als "rechthaben" wird es angesehen, daß die Mehrzahl der direkt Betroffenen aus begründlichen Gründen gegen den Bau der Startbahn ist.

Um es krass zu formulieren: Von dort ist es nicht mehr weit bis zum gesunden Volksempfinden mit dem die Nazis "rechthaben" vor "Recht haben" setzten. Nach der Verfassung ist der Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt jedermanns Recht und Pflicht. Selbst die Startbahngegner behaupten ernsthaft nicht, daß der An-



spruch des Flughafens auf Ausbau der dritten Startbahn, verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist. In Wahrheit ist es eine Beleidigung all derjenigen, die im Dritten Reich Widerstand ausgeübt haben, wenn heute Startbahngegner dieses Wort für sich reklamieren und die Besetzung eines Baugeländes - auch wenn mit erhobenen Armen - um den rechtmäßigen Bau zu verhindern, ist nichts anderes als Gewaltanwendung.

Aus diesen Tatsachen und aus der Erkenntnis, wie schludrig vor 1933 mit dem Rechtsstaat, der parlamentarischen Demokratie umgegangen wurde, besteht bei der großen Mehrheit der Politiker die Angst, daß sich Geschichte wiederholt. Die verantwortlichen Politiker sind davon überzeugt, daß die Argumente der Gegner der Startbahn nicht zutreffen und diese Startbahn notwendig ist. Würden sie den, unter Außerachtlassung unserer Verfassung Protestierenden nachgeben, dann würden sie nicht nur gegen ihre sachliche Überzeugung handeln, sondern auch eine, vielleicht sogar entscheidende, Schlacht um den Bestand der republikanisch-parlamentarischen Staatsform verlieren.

Wie schnell kommt dann einer daher, gegen den die rechtskonservativsten Vertreter der CDU/CSU wie krasse Linksabweichler erscheinen würden. Wie weiland Göbbels hätte er es dann nicht schwer, dieses ganze "Geschwätz in den Parlamenten" und den "Unsinn mit den Parteien" anzuprangern und sich als Führer aus dem Sumpf dieser ganzen verrotteten Gesellschaft anzubieten.

Es wird Zeit, daß wir auch in dieser Frage unsere deutsche Geschichte lernen. Die Jüngeren dadurch, daß sie die Argumente der Älteren wenigstens entgegennehmen. Die Älteren dadurch, daß sie sich - endlich - darum bemühen, mit den Jüngeren in eine Diskussion zu kommen. Bisher sind es kleine Gruppen, die die Mehrheit der anderen ausnutzen. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Mehrheit verständnislos bliebe, nur deshalb, weil die Älteren sich nicht um Verständnis bemüht haben.

(- / 6.1.1982/ks/ca)

+ + +



Jetzt wissen sie, was mit uns geht

-----

Der deutsch-amerikanische Dialog hat Fortschritte erbracht

Von Dr. Peter Clotz

Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Haltung des Westens gegenüber den Ereignissen in Polen hat jetzt klare Konturen gewonnen. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft bewegen sich gemeinsam auf einer Linie, die nun auch mit den USA abgestimmt ist. Daß dies gelang, und zwar gegen massive öffentliche Anfeindungen aus einzelnen westlichen Nachbarländern und eine ziemlich kopflose Opposition im eigenen Land, ist ganz wesentlich ein Verdienst der Bundesregierung und sehr persönlich von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Kanzler und Vizekanzler haben in Washington in souveräner Manier nachgeholt, was eigentlich schon sehr viel früher hätte stattfinden und von dort hätte ausgehen müssen, nämlich: konkrete Konsultationen über die Reaktionen des Westens auf die von der polnischen Militärregierung gegen die Reformbewegung im Lande eingeleiteten Maßnahmen. Daß dies wochenlang versäumt wurde, war schwer erträglich, zumal sich daneben ein wahrer Pressekrieg über den Atlantik gegen die Bundesrepublik abspielte, der manchmal geradezu heuchlerische Züge trug, jedenfalls mehr von Emotionen und teils erschütternder Unkenntnis statt vom Verstand gesteuert wurde.

Es war hohe Zeit, daß die amerikanische Öffentlichkeit nunmehr aus dem Munde des Kanzlers authentisch und präzise über die deutsche Position und Interessenlage in dieser kritischen Phase der Ost-West-Beziehungen ins Bild gesetzt wurde. Schließlich war die Bundesrepublik einer der ersten unter den westlichen Bündnispartnern, der in einer nahezu einstimmigen Bundestagsentschließung Moskaus Mitverantwortung für die Entwicklung in Polen beim Namen nannte und die weitere Zusammenarbeit mit Polen von der künftigen Entwicklung im Lande, das heißt konkret: vom Verhalten der Militärregierung Jaruzelskis gegenüber der Reformbewegung abhängig machte, allerdings auch für Hilfeleistung bei der Überwindung der schwierigen Versorgungsprobleme der polnischen Bevölkerung sorgte. Denn dies war und ist unser Ziel: Unseren Einfluß im Ost-West-Verhältnis mit allen politischen und diplomatischen Mitteln zu nutzen, damit der Prozeß der inneren Erneuerung Polens nicht endgültig und brutal zerschlagen wird, uns deshalb aber nicht demonstrativ zu verweigern, sondern im Interesse der Menschen in Polen zu handeln.

Dafür haben SPD, FDP und Bundesregierung unmittelbar nach dem Militärcoup in Warschau glasklare Prioritäten gesetzt. Wir fordern, daß der Kriegsrechtszustand beendet wird, daß die Internierten und Inhaftierten freigelassen werden und daß der Dialog zwischen den wesentlichen gesellschaftlichen Kräften des Landes - Regierung, Gewerkschaft "Solidarität" und katholische Kirche - so bald wie möglich wieder aufgenommen wird. Dazu muß alles getan werden, um einem Eingriff nach Polen von außen entgegenzuwirken. So hatte es übrigens das SPD-Präsidium bereits am 16. Dezember, also drei Tage nach dem Warschauer Coup, formuliert. Es beweist die Konsequenz der Bonner Position, daß diese Marschroute jetzt sowohl von den Staaten der Europäischen Gemeinschaft als auch von der amerikanischen Regierung beschritten wird.

Eine Politik der Verweigerung, der feierlichen Sprüche oder gar der Kraftmeierei, wie sie Sprecher der Opposition in diesen Tagen vorgeführt haben, hilft hingegen



niemandem - den Menschen in Polen nicht und dem Frieden nicht. Das gilt in erster Linie an die Adresse von Franz Josef Strauß, der bekanntlich keine internationale Krise auslöst, um sein Maulheldentum unter Beweis zu stellen. Aber es gilt auch für einen Mann wie Norbert Blüm, der - ausgerechnet aus Berlin! - für einen Sanktionskatalog des Westens sogar die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf zur Disposition stellen wollte.

Es ist sehr zu begrüßen, daß Präsident Reagan offensichtlich nicht daran denkt, wie er dem Bundeskanzler zusagte, diesen Weg zu beschreiten. Denn das wäre ein grobes Mißverständnis: Abrüstung ist kein Geschenk des Westens an die Sowjets, das nach Belieben aufgekündigt werden könnte, sondern Abrüstung ist bitter nötig im Überlebensinteresse beider Seiten, und sie liegt, was die euro-strategischen Waffen angeht, über die in Genf verhandelt wird, ganz besonders im gesamteuropäischen Interesse, in dem der Polen ganz genauso wie der Deutschen.

Wer glaubt, daß den Polen mit Sanktionen oder gar mit einem neuen "Kalten Krieg" beizustehen wäre, der beschreitet einen gefährlichen Irrweg. Krisenverschärfung, wie sie von Strauß herbelschwadroniert wird, ist für uns kein Mittel der Politik. Wer nicht nur seine Gefühle befriedigen, sondern wirklich etwas bewirken will für das polnische Volk, muß bei jedem Schritt fragen, was seine Erklärungen und Handlungen heute, morgen und übermorgen ausrichten können.

Es versteht sich: Mit Emotionen ist leichter zu hantieren. Aber eine Politik des Beistandes für das polnische Volk, die Hilfe nicht rundheraus verweigert, sondern Zusammenarbeit um den Preis einer Wiederaufnahme des Erneuerungskurses in Polen anbietet, verlangt Mut und Mäßigung, Konsequenz und Vernunft. Bundeskanzler und Bundesaußenminister haben danach im Dialog mit unseren Verbündeten gehandelt. Die polnischen Militärs wissen jetzt, was mit uns geht - und was nicht!

(-/6.1.1982/bgy/va)

+ + +



Für uns ein zentraler Punkt

-----  
Eine neue Offensive in der Mitbestimmung ist notwendig

Von Karl Kronawitter

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeits-  
gemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) in der SPD

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen begrüßt die Ankündigung des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter, in absehbarer Zeit eine neue Mitbestimmungs-Offensive durch den Deutschen Gewerkschaftsbund zu starten, um deutlich zu machen, "welchen Beitrag die vorhandenen und noch zu erringenden Mitbestimmungsrechte leisten können, um die großen Probleme der Arbeitnehmer und der gesamten Bevölkerung zu helfen".

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist für Sozialdemokraten ein zentraler Bezugspunkt für die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen. "Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlebergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiterzuentwickeln", heißt es im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD.

Aus den Grundwerten des Godesberger Programms ergibt sich die Verpflichtung, Demokratie nicht nur als Staatsform, sondern als Lebensform für alle Bereiche der Gesellschaft, einschließlich des Arbeitslebens durchzusetzen. Für Sozialdemokraten ist damit die Mitbestimmung ein Grundwert menschlichen und gesellschaftlichen Lebens. Wenn die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften als stärkste soziale Kraft in unserer Gesellschaft für die demokratische Ausgestaltung unserer Wirtschaftsordnung kämpfen, dann stehen sie in Wahrheit für mehr ein: für Freiheit und Menschlichkeit überhaupt. In der neuen päpstlichen Sozialenzyklika wird das Prinzip des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital unterstrichen. Das muß auch im Zusammenhang mit den Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer gesehen werden. Die so begründete Überordnung der Arbeit vor Kapitalinteressen bedeutet, die bisherige Kapitalorientierung bei unternehmerischen Entscheidungen abzulösen durch die gleichberechtigte Einbeziehung von Arbeitnehmerinteressen.

Die Mitbestimmungsforderung ist nicht nur programmatisch und sozialetisch begründet. Die Erfahrungen zeigen, daß die im 19. Jahrhundert entwickelten Betriebsstrukturen, vor allem infolge technologisch-struktureller Veränderungen, immer mehr in Konflikt geraten mit den Erwartungen der Arbeitnehmer, die Art ihrer Arbeit und ihre Arbeitsbedingungen gleichberechtigt mitgestalten zu können. Das Selbstwertgefühl der Menschen wird zu einem großen Teil aus der Arbeit abgeleitet und ihren Möglichkeiten, sie mitgestalten zu können, beeinflußt. Die Arbeitnehmer erwarten, daß sie ihre beruflichen Qualifikationen im Arbeitsleben anwenden können. "Aussteigen" ist auch die Reaktion auf die hierarchisch geordnete, von Arbeitsteilung durchzogene Industriekultur.

Vor diesem Hintergrund kommt es darauf an, daß Sozialdemokraten und Gewerkschaften auf dem Gebiet der Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer nach neuen Ansatzpunkten und Lösungsmöglichkeiten suchen: im Betrieb, auf Unternehmensebene, bei der Humanisierung des Arbeitslebens, bei der Technologieentwicklung und in der Wirtschafts- und Strukturpolitik:

1. Dauerhafte Sicherung der Montanmitbestimmung

Das am 1. Juli 1981 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Montanmitbestimmungsgesetzes und des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes sichert den Besitzstand pari-



tätischer Mitbestimmung bis 1987. Die dauerhafte Sicherung der einzelnen echten Mitbestimmung muß in der nächsten Legislaturperiode durchgesetzt werden. Dabei ist der Gesetzentwurf der SPD aus der 8. Legislaturperiode die Richtschnur. Inhaltlich geht es darum, alle Unternehmen, die der Montanmitbestimmung schon unterliegen, in den gesetzlichen Regelungen festzuhalten. Außerdem muß die Möglichkeit geschaffen werden, Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften über die Sicherung von Montanmitbestimmungsrechten in den Fällen zu treffen, in denen durch Entscheidung von mitbestimmten Unternehmen Montanmitbestimmungsrechte entfallen. Das muß auch für neu gegründete Unternehmen gelten, wenn sie Unternehmensbereiche zusammenfassen, bei denen Montanmitbestimmungsrechte entfallen.

## 2. Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung

Mit dem Mitbestimmungsgesetz '76 wurde die Parität noch nicht erreicht. Es muß zur echten Mitbestimmung fortentwickelt werden: Das bisherige Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden widerspricht der Parität. Es muß außerdem gesetzlich vorgeschrieben werden, daß der Arbeitsdirektor nicht gegen die Mehrheit der Arbeitnehmerbank berufen werden kann. Die Sonderrechte leitender Angestellter widersprechen der Notwendigkeit einheitlicher Interessenvertretung durch die Arbeitnehmer. Das Satzungsrecht bedarf der Überarbeitung, die Aufsichtsratsausschüsse sind nur zur Vorbereitung der Tätigkeit der Aufsichtsräte zuzulassen, eine unparitätische Besetzung von Ausschüssen oder ein Doppelstimmrecht des Ausschußvorsitzenden ist abzulehnen, um die wichtigsten Forderungen zu nennen.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsgesetz '76 haben ferner gezeigt, daß eine Novellierung der Wahlordnungen geboten ist, um das Wahlverfahren zu vereinfachen. Langfristig ist eine Neuordnung des Unternehmensverfassungsrechts notwendig, um die Handlungsmöglichkeiten der Aufsichtsratsmitglieder auf der Arbeitnehmerbank zu sichern und zu verbessern.

## 3. Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene

Mit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 und dem neuen Personalvertretungsgesetz von 1974 haben Sozialdemokraten die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene entscheidend verbessert und ausgebaut. Die Erfahrungen zeigen jedoch, daß eine Weiterentwicklung dieser gesetzlichen Regelungen unverzichtbar ist.

Die AfA fordert unter anderem die

- Mitbestimmung in allen arbeitsorganisatorischen Angelegenheiten einschließlich der Gestaltung der Arbeitsplätze und des Arbeitsablaufs,
- Mitbestimmung bei der Personalplanung,



- Mitbestimmung des Betriebsrats bei Kündigungen mit der Folge, daß der Arbeitgeber die Auflösung des Arbeitsverhältnisses nur durch eine arbeitsrechtliche Entscheidung herbeiführen kann,
- Ausweitung der Beteiligungsrechte des Betriebsrates in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten einschließlich der Erweiterung des Katalogs der Betriebsänderungen und eines suspendierenden Vetorechts bei bestimmten wirtschaftlichen Maßnahmen,
- Ausweitung der Rechte der Jugendvertretung und Verstärkung ihrer Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat.

#### 4. Mitbestimmung bei der Humanisierung der Arbeit

Ohne Mitbestimmung gibt es auf Dauer keine Entwicklung, die zu humaneren Arbeitsbedingungen hinführt. Wer mit neuen Technologien auch verbesserte Arbeitsbedingungen schaffen will, muß auf deren Entwicklung unmittelbar Einfluß nehmen. In dem Prozeß technologischer Entwicklungen erhält die Mitbestimmung der Arbeitnehmer eine neue Qualität. Über die Mitbestimmung müssen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften ihre Erfahrungen und Interessen bei der Einführung neuer Technologien einbringen können. Die Betriebs- und Personalräte müssen mitbestimmen über die Planung und Veränderung der Arbeitsstätten, der Arbeits- und Betriebseinrichtungen, der Verwendung von Arbeitsstoffen, der Regelung des Betriebes und der gesundheitlichen Betreuung. Die Arbeitnehmer müssen die Möglichkeit erhalten, arbeitswissenschaftliche, technische und ökonomische Kenntnisse zu erwerben und weiterzuentwickeln.

#### 5. Mitbestimmung in der Wirtschafts- und Strukturpolitik

Der Staat gibt jährlich Milliarden-Summen zur Förderung der Wirtschaft aus. Aus der Subventionspolitik muß eine zielgerichtete Strukturpolitik entwickelt werden. Dazu gehört unter anderem die Mitwirkung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften an der Festsetzung strukturpolitischer Ziele und bei deren Umsetzung in der Wirtschaft, die Verbindung von ökonomischen und technischen Förderzielen mit Qualitätsanforderungen an Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, die Einführung einer jährlichen Strukturbericht-erstattung und die Entwicklung wirksamer Kontrollen. Bei der Entscheidung über die betriebliche Verwendung von Subventionen müssen die Betriebsräte künftig beteiligt werden.

Die Entscheidung über die Zukunft der Mitbestimmung fällt in den 80er Jahren. Die politischen Auseinandersetzungen um die Mitbestimmungsrechte haben gezeigt, daß die SPD als einzige politische Kraft für die paritätische Mitbestimmung eintritt. Es kommt darauf an, mit den Gewerkschaften eine Mitbestimmungsstrategie zu entwickeln, die zunächst darauf abzielt, ein neues und gestärktes Bewußtsein in der Arbeitnehmerschaft für die Mitbestimmung zu erreichen, das heißt in und mit der Arbeitnehmerschaft deutlich zu machen, daß ihre Selbstbehauptung im Arbeitsleben, daß Arbeitsplatz und Arbeitsbedingungen davon abhängen, ob sie und ihre Gewerkschaften mitbestimmen oder nicht. Die AFA wird auf ihrer Bundeskonferenz Ende Februar ihre Forderungen zur Mitbestimmung darlegen und Beiträge dazu leisten, die Mitbestimmungsdiskussion zu vertiefen. (-/3.1.1982/bgv/va)

+ + +

Veränderten Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

